



MAG. NORBERT DARABOS
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG UND SPORT

S91143/97-PMVD/2012

4. September 2012

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
12115/AB
05. Sep. 2012

zu 12384/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Brosz, Freundinnen und Freunde haben am 6. Juli 2012 unter der Nr. 12384/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Meinungsforschungsaktivitäten des Ministeriums seit Juli 2011" gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1 bis 4:

Mein Ressort hat im Jänner und Juni 2012 insgesamt drei repräsentative Umfragen an das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) in Auftrag gegeben. Dabei handelte es sich um Meinungsumfragen zum Österreichischen Bundesheer und zur Sicherheitspolitik im allgemeinen. Zur Anwendung kamen standardisierte Telefonbefragungen bzw. computerunterstützte Telefoninterviews sowie Focus-Gruppen-Interviews.

Zu 5 und 6:

Nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes 2006 war keine Ausschreibung durchzuführen, da der Aufwand pro Erhebung rund 60.000 Euro betrug.

Zu 7:

Im Wesentlichen wurden Fragen zum Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Österreicher, gegliedert nach unterschiedlichen Risikokategorien, von sozial- über umwelt- und wirtschaftspolitischen bis hin zu sicherheitspolitischen und militärischen Sorgen der Österreicher, vergleichende Imageanalyse des Österreichischen Bundesheeres in Relation zu anderen Einsatz- und Blaulichtorganisationen sowie staatlichen Institutionen, Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Frage des angemessenen Wehrsystems für Österreich, Bereitschaft/grundsätzliche Motivation der in Frage kommenden Alterskohorte hinsichtlich

einer Dienstleistung beim Österreichischen Bundesheer, Attraktivität des Österreichischen Bundesheers als Arbeitgeber und mögliche attraktivitätssteigernde Anreize wie z.B. Sicherheit des Arbeitsplatzes, Einkommenshöhe, Fortbildungsmöglichkeiten und soziale Absicherung sowie zur Bereitschaft zu Auslandseinsätzen gestellt.

Zu 8:

Nein.

Zu 9 bis 14:

Nein. Die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen dienen insbesondere als ressortinterne Entscheidungsgrundlage im Bereich Personalgewinnung.

Zu 15:

An keinen.

Zu 16 bis 28:

Entfällt.

/aid Noth